

Ulrike Röhr, *genanet* – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit / LIFE e.V.
Geschlechterverhältnisse in den internationalen Klimaschutzverhandlungen¹

Einleitung

1992 wurde nach zweijährigen Verhandlungen die UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) verabschiedet und auf dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 154 Staaten unterzeichnet. Im Hinblick auf konkrete Ziele war die Konvention weitgehend offen gehalten worden, bestimmte aber die Einrichtung von Institutionen, die den internationalen Prozess eines fortschreitenden Klimaschutzes stützen. Das ist die Einrichtung einer „Conference of the Parties“ (COP) sowie eines Klimasekretariats zu deren Unterstützung (Sekretariat der Klimarahmenkonvention 1999). Seitdem sollen bei den – bis auf Widerruf – jährlich stattfindenden Treffen Begrifflichkeiten definiert und Klimaschutzziele abgestimmt werden. Ferner soll der Austausch forciert und die Umsetzung der Konvention überprüft werden. Die Klimarahmenkonvention trat 1994 in Kraft, bis heute (Stand Mai 2004) ist sie von 188 Staaten unterzeichnet und von 166 Staaten ratifiziert.

Im Gegensatz zu der ebenfalls bei dem UN-Gipfel in Rio verabschiedeten Agenda 21, in der Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit bzw. der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern relativ breit integriert worden waren, fehlen diese Aspekte in der Klimarahmenkonvention völlig. Da aber die Konkretisierungen und Zielvereinbarungen zum Klimaschutz mit der Konvention noch nicht vereinbart waren, konnte erwartet werden, dass die fehlende Genderperspektive bei den jährlichen Konferenzen stärker ins Blickfeld rücken würde.

Diese Erwartung wurde zunächst bestätigt, geriet aber im weiteren Verhandlungsprozess in Vergessenheit. Erst mit der Konkretisierung der Instrumente des Kyoto-Protokolls, und hier vor allem des *Clean Development Mechanism (CDM)*², erhielten mögliche geschlechtsspezifische Wirkungen und Anforderungen etwas mehr Aufmerksamkeit von GenderexpertInnen. Da CDM-Projekte in Entwicklungsländern durchgeführt werden, es dort aktive Frauen-/Gender-Netzwerke im Energiebereich und die entsprechenden Erfahrungen gibt, nehmen auch die derzeit dazu vorliegenden Positionen und Genderanalysen ausschließlich die Situation von Frauen in Entwicklungsländern in den Blick (s. z.B. Skutsch 2004, Skutsch/Wamukonya 2001). Für die Industriestaaten, die als finanzierende Länder ebenfalls daran beteiligt sind (Annex B-Staaten, vgl. Fußnote 2) fehlen Genderanalysen bisher völlig, Gleiches gilt für alle anderen Instrumente und Artikel der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls.

1. Historischer Überblick: Frauen auf den UN-Vertragsstaatenkonferenzen zum Klimaschutz

Die erste Vertragsstaatenkonferenz (COP1) fand 1995 in Berlin statt. Parallel zu den offiziellen Verhandlungen wurde das Internationale Frauenforum „Solidarität im Treibhaus“ veranstaltet, auf dem 200 Frauen aus 25 Ländern ihre Sicht auf den Klimaschutz diskutierten und Forderungen an die Staaten entwickelten. Das Programm des Forums macht deutlich, dass die Ursprünge der Frauenaktivitäten in der Anti-Atomkraft-Bewegung lagen. Dies zeigte sich in der Unterstützung der Nutzung er-

¹ Die hier dargestellten Einschätzungen und Positionen beruhen, soweit nicht anders vermerkt, auf Diskussionen mit Klimaexpertinnen, die an den Konferenzen teilgenommen und die Verhandlungen verfolgt haben. Besonderer Dank für ihre Anregungen gilt Gotelind Alber vom Klima-Bündnis Europäischer Städte.

² Zur Klärung der Begrifflichkeiten s. http://www.bmu.de/de/1024/js/sachthemen/energie/klima_bonn_glossar/

neuerbarer Energien zur Vermeidung von Klimaveränderungen, die vor allem als Alternative zur Nuklearenergie begriffen wurden. Das bestätigen auch Clancy et.al. (2004) in dem Hintergrundpapier zur Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien: „In the North, for many women their direct involvement in energy issues came about with political opposition to nuclear power, for example, in Europe after the Chernobyl nuclear disaster. In proposing alternatives to nuclear power, women have begun to actively organise in promoting renewable energy. For example, Rainbow Serpent (the Plutonium Free Future Women's Network based in Japan) has campaigned to demand that governments shift their investments and subsidies away from nuclear and fossil fuels towards safe, renewable energy systems“. Diese starke Präsenz von Frauen konnte sich in der Anti-Atomkraft-Bewegung halten, in der Erneuerbare Energien-Branche ging die Beteiligung von Frauen mit zunehmender Professionalisierung zurück (Röhr 2002).

Neben dem Internationalen Frauenforum gab es 1995 in Berlin eine Reihe weiterer Aktivitäten in Berliner Bezirken, die den Forderungen der Zivilgesellschaft nach wirksamen Klimaschutzvereinbarungen Nachdruck verleihen sollten. Hervorzuheben ist hier die „Meuterei auf dem Traumschiff – der Frauenbootsgipfel zum Klimagipfel“, mit dem Berliner Frauen-Umwelt-Organisationen auf dem Landwehrkanal in Berlin-Kreuzberg auf die Bedrohung durch Klimawandel mit einem „Wassertheater“ aufmerksam machten. Insgesamt entstand in Berlin der Eindruck, dass Frauen bei den Verhandlungen wie auch bei den begleitenden Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen eine bedeutende Rolle spielen. Zahlen allerdings, die diese persönliche Wahrnehmung beteiligter Frauen auf quantitativer Ebene bestätigen könnten, liegen nicht vor, auch die Liste der TeilnehmerInnen der offiziellen Konferenz ist nicht verfügbar.

In der Rückschau stellt sich die Frage, ob dieser furiose Start noch vom Schwung und der Euphorie der UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio getragen wurde. Fast selbstverständlich war die internationale Frauenbewegung davon ausgegangen, dass die Agenda 21 und alle anderen UN-Beschlüsse zur Integration von Frauen-/Genderperspektiven nun in allen weiteren Verhandlungen und politischen Prozessen zumindest auf UN-Ebene umgesetzt würden. Aber schnell wurde deutlich, dass dies ein Trugschluss war: Klimaschutz wurde von den verhandelnden Parteien, dem Klimasekretariat wie auch den wissenschaftlichen Einrichtungen behandelt, als ob es ein gender-neutrales Terrain sei.

Nach dem bemerkenswerten Auftakt der Beteiligung von Frauen(-organisationen) auf der COP1 in Berlin dauerte es fünf Jahre, bis Frauen-/Genderaspekte wieder im Konferenzprogramm auftauchten: Auf der COP6 in Den Haag wurde ein Side-event „The power of feminine values in climate change“ von der niederländischen Organisation ‚Business and Professional Women‘ angekündigt. In die hinterste Ecke einer außerhalb des Konferenzentrums liegenden Ausstellungshalle verbannt, konnte es keinerlei Aufmerksamkeit finden. Auffällig war auf dieser COP aber, dass in verschiedenen, täglich erscheinenden Konferenz-Newslettern der NGO-Gemeinde (z.B. The Earth Times, equity watch, ECO, ENB) mehrere Berichte über „die Frauen der COP“ erschienen, die einheitlich die geringe Präsenz von Frauen thematisierten – obwohl die COP6 den bis dato höchsten Frauenanteil hatte. Sie hoben vor allem deren wichtige Rolle bei den Verhandlungen hervor.

Die erste und bisher einzige „offizielle“ Erwähnung von Frauen gab es aber erst auf der COP7 in Marrakesch in Form einer Entschließung. Mit der von Samoa eingebrachten, von Russland sowie der EU unterstützten Entscheidung 13/add.4 werden die Regierungen aufgefordert, Frauen bei der Nominierung für die unter der Klimarahmenkonvention und dem Kyoto-Protokoll eingerichteten Gremien stärker zu berücksichtigen (2001, Decision FCCC/CP/2001/13/add.4). Ferner soll das Sekretariat Informationen über die Genderzusammensetzung jeder der eingerichteten Gremien aufzeigen und sie

den Unterzeichnerstaaten zur Aufmerksamkeit bringen. Bisher wurde diese EntschlieÙung aber vom Klimasekretariat nicht so verfolgt, dass es die entsprechenden Daten aktiv bekannt gemacht hat oder sie veröffentlichen würde. Allerdings stellt das Sekretariat auf Anfrage problemlos die entsprechenden Daten zur Verfügung.

Auf der COP8 in Neu Delhi wurde von ENERGIA, dem internationalen Netzwerk Gender und nachhaltige Energie im Süden, in Kooperation mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ein Workshop „*Is the Gender Dimension of the Climate Debate Forgotten? Engendering the Climate Debate: Vulnerability, Adaptation, Mitigation and Financial Mechanisms*“ durchgeführt, der sehr viel Aufmerksamkeit erhielt, aber ausschließlich auf die Länder des Süden fokussierte.

Schließlich, nach mehr als 10 Jahren UN-Klimarahmenkonvention, traf sich auf Einladung zweier Frauenorganisationen (ENERGIA und LIFE) auf der letzten Konferenz in Mailand (COP9) eine 30-köpfige Gruppe interessierter KonferenzteilnehmerInnen um sich gemeinsam und besser koordiniert für die Integration der Genderperspektive in die Verhandlungen und der Umsetzung der Ergebnisse, einzusetzen. Geplant wurde dort, Ende 2004 auf der COP10 in Buenos Aires einen ganzen Tag den Geschlechteraspekten beim Klimaschutz zu widmen. Dafür wurde bereits Unterstützung von der schwedischen Umweltministerin zugesagt. Diese hatte, gemeinsam mit ihren Kolleginnen aus dem *Netzwerk der Umweltministerinnen*, auf der COP9 in Mailand zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Promoting Gender Equality, Providing Energy Solutions, Preventing Climate Change“ eingeladen.

Erst seit zwei bis drei Jahren – seit der COP8 in New Delhi und einer Veröffentlichung von Oxfam zu Gender und Klimaschutz – wird in Diskussionspapieren vor allem von Frauen aus dem Süden darauf hingewiesen, dass die nicht vorhandene Gender-Sensibilität möglicherweise zu dem ineffektiven Verhandlungsprozess beigetragen habe und immer noch beiträgt, bzw. umgekehrt, dass das Kyoto-Protokoll mit der Integration einer Genderperspektive hätte gestärkt werden können.

Es deutet sich an, dass nach fast zehn Jahren einer sehr diskontinuierlichen und wenig abgestimmten³ Beteiligung von Frauenorganisationen an den Klimakonferenzen der Faden von der COP 1 bzw. dem Internationalen Frauenforum „Solidarität im Treibhaus“ wieder aufgenommen wird. Den Boden für eine verstärkte Wahrnehmung von Genderaspekten bereiten Frauen, die an der Spitze von Umweltorganisationen/-netzwerken stehen, von denen zumindest einige die Notwendigkeit des Gender Mainstreaming erkennen.

2. Quantitative Beteiligung von Frauen an den UN-Klimaverhandlungen und deren Auswirkungen

Grundsätzlich lassen sich die TeilnehmerInnen an den UN-Klimakonferenzen in sechs verschiedene Gruppen aufteilen: Regierungsdelegationen, Industrie und ihre Repräsentanten, Umwelt-NGOs, Städtenetzwerke und kommunale Verbände, Indigene und neuerdings auch Forschungsinstitutionen. Delia Villagrassa, langjährige Leiterin des Climate Action Network Europe und heutige leitende Direktorin von e5 (European Business Council for a Sustainable Energy Future), beschreibt die drei Hauptgruppen und die ‚familiäre‘ Situation bei den Klimaverhandlungen: Es habe in der Zeit von 1990 bis 1997 (Kyoto) kaum personelle Veränderung bei den TeilnehmerInnen gegeben. Das habe ein enges Networking und intensive Kommunikation ermöglicht. „I believe, that the unique framework and atmosphere of the climate negotiations have allowed the gender issue to become important“ (Villagrassa 2002:41) reflektiert sie die Rolle der Frauen bei den Verhandlungen zum

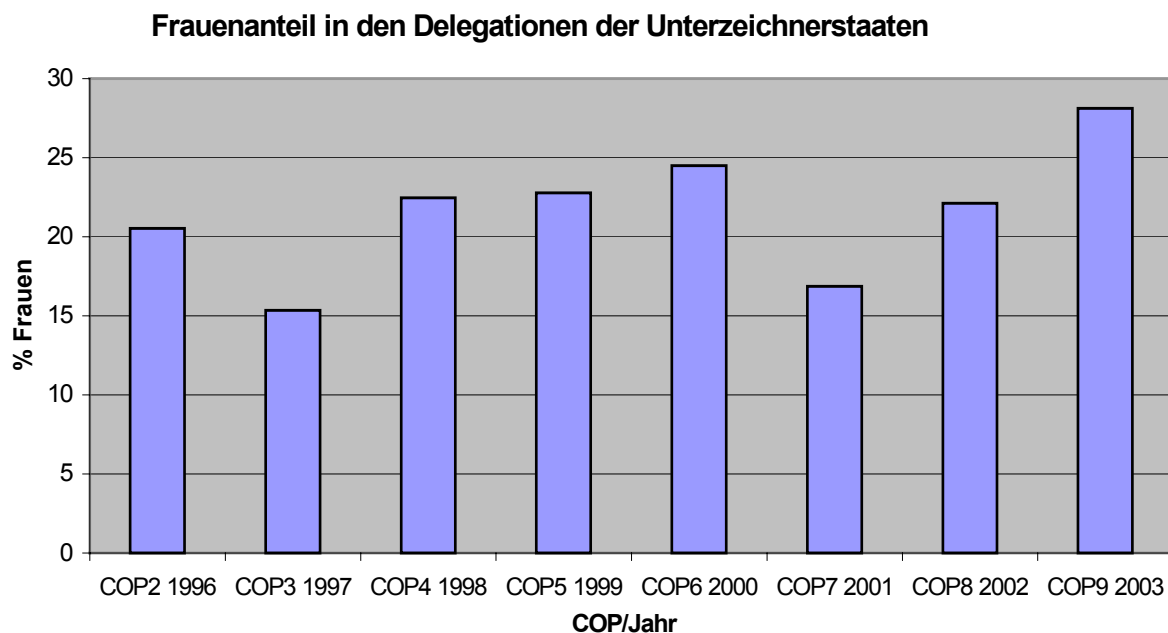
³ So wussten häufig die OrganisatorInnen von Side-events zu Frauen-/Genderspekten im Klimaschutz nicht, dass es vereinzelte Aktivitäten bei den vorhergehenden Konferenzen gegeben hatte und konnten sich deshalb auch nicht inhaltlich darauf beziehen.

lagrassa 2002:41) reflektiert sie die Rolle der Frauen bei den Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll. Basierend auf ihrem Networking, ihren zwischenmenschlichen Fähigkeiten und ihrer langfristigen Planung seien Frauen in der Lage gewesen, trotz ihrer Unterrepräsentanz eine starke und generell positive Rolle im Klimaschutz zu spielen (ebd.). Das zeigt sich auch bei den Städtenetzwerken, die bisher auf den Konferenzen ausschließlich durch Frauen vertreten waren.

a) Die Regierungsdelegationen

In den Regierungsdelegationen findet sich neben VertreterInnen der zuständigen Ministerien der jeweiligen Staaten ein teilweise sehr großer Stab an BeraterInnen aus Forschung, Industrie und Verbänden. Auffällig groß sind bei allen Konferenzen die Delegationen der Staaten, in denen die Konferenz stattfindet. So kann es durch diese „Aufstockung“ mit VertreterInnen aus Nichtregierungsorganisationen zu Verzerrungen im Geschlechterverhältnis der TeilnehmerInnen kommen. Bei der COP6 beispielsweise hatte die niederländische Delegation einen sehr hohen Frauenanteil, umgekehrt bei der COP7 die marokkanische einen sehr niedrigen.

Die folgende Tabelle zeigt ungeachtet dieser möglichen Verzerrungen die Entwicklung des Anteils von Frauen in den Regierungsdelegationen der Vertragsstaaten an den UN-Klimakonferenzen:



(Quelle: eigene Auszählung nach Teilnahmelisten - für COP1 und COP6b lagen keine Listen vor)

Der Anteil der an den UN-Klimakonferenzen anwesenden Ministerinnen schwankt zwischen 15% (z.B. COP9) und 20% (z.B. COP6), und liegt damit in etwa auf dem Niveau des Anteils weiblicher Ministerinnen weltweit.

Auch auf der Ebene der Delegations- und VerhandlungsleiterInnen sind Frauen wesentlich geringer repräsentiert als im Schnitt der Delegationen. Trotzdem waren es nach Ansicht von Villagrassa (2002) die Frauen, die die wichtigste Rolle bei der Gestaltung des Kyoto-Protokolls hatten – hier werden immer wieder beispielhaft die deutsche und die schweizerische Verhandlungsleiterin genannt, die in einer Art und Weise agierten, die sich wesentlich von der ihrer männlichen Kollegen unterschied. Sie verließen den „Verhandlungsbunker“ häufig, sie interagierten intensiv mit andern Delegationen außerhalb der formalen Sitzungen. Besonders hervorgehoben wird ihr Engagement bei der Integration der Delegationen aus Entwicklungsländern in den Verhandlungsprozess: Da diese

zahlenmäßig unterlegen waren, ihre Delegationen häufig nur aus ein bis zwei Personen bestanden, waren sie nicht in der Lage, den Verhandlungen auf den oftmals zeitlich parallel stattfindenden Sitzungen zu folgen. Die weiblichen Verhandlungsleiterinnen kommunizierten mit diesen Ländern und beteiligten sie so an den Entscheidungen. Obwohl auch sie die Interessen ihrer Länder zu vertreten hatten, konnten sie auf der Basis ihrer persönlichen Integrität, durch Respekt und Vertrauen Brücken zwischen den Nationen bilden (Villagrassa 2002). Jennifer Morgan, die auf der COP1 in Berlin als Koordinatorin des *US Climate Action Network* teilnahm und heute verantwortlich für internationale Klimapolitik beim WWF ist, beschrieb das bereits 1995 so: „Denn, obwohl Frauen eine winzige Minderheit in diesen männlich dominierten UN-Strukturen sind, sind sie (...) es, die aufstehen und sagen: Lasst das Reden sein, füllt die Kluft zwischen den Verhandlungen im Gebäude und dem Geschehen in der realen Welt draußen und lasst uns vorwärts gehen.“ (Frauen für Frieden und Ökologie 1996: 19).

b) BINGO (Business and Industry NGO)

Die Gruppe der Industrievertreter ist auf den Konferenzen immer noch ein fast exklusiver Männerclub. Hier findet sich der von allen Gruppen geringste Frauenanteil, besonders wenn man die Ebene der entscheidenden Lobbyisten betrachtet. Ebenso gibt es hier auch die geringste geografische Vielfalt: die überwiegende Mehrheit kommt aus den USA, weniger als 5% aus den Entwicklungsländern. Die meisten Lobbyisten agierten stark und konsequent gegen das Kyoto-Protokoll. Ihre Aktionen lassen häufig einen Mangel an Feingefühl erkennen, reißerische Argumentationen und aggressives Lobbying tragen nicht zu einem positiven Image bei. Ihr Mangel an Verständnis für Networking und für die Einbeziehung unterschiedlicher Kulturen und Hintergründe wird von vielen als Grund für den – aus Sicht der Industrie – Misserfolg der Verhinderung des Kyoto-Protokolls gesehen (Villagrassa 2002: 41).

c) ENGO (Environmental NGO)

Obwohl sich auch hier im Durchschnitt eine Dominanz von Männern zeigt, werden doch einige der größten NGO von Frauen vertreten. Vor allem bei dem informellen Zusammenschluss der NGO, dem *Climate Action Network (CAN)* hat sich die „Frauenpower“ durchgesetzt: deren mitgliederstärksten und aktivsten regionalen Knotenpunkte werden von Frauen geleitet (Europa, USA, Canada, UK, CEE. Auch CAN-Afrika wird von einer Frau geleitet, gehört aber nicht zu den mitgliederstärksten Netzwerkknoten). Es waren Frauen, die eine Zusammenarbeit zwischen den NGOs aktiv ermöglicht haben und durch die starke Botschaften hinaus in die Welt gingen, bewertet Villagrassa (2002:42) die Lobbyarbeit der Frauen. Sie benennt den Klimaschutz als einzigen NGO-Bereich, in dem Frauen eine solche Prominenz erreicht haben und hält es nicht für einen Zufall, dass genau der NGO-Bereich, in dem die Frauen die meiste Macht haben, auch die meiste Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bekommt. Sie interpretiert den hohen Frauenanteil in leitenden Positionen des Klimaschutzes bei NGO dahingehend, dass die Komplexität des Themas Frauen anziehe, während Männer eher von gradlinigen „Kämpfen“ angezogen werden, die einfacher zu gewinnen sind (ebd.).

d) Frauenorganisationen

Ein abschließender Blick soll noch auf die Beteiligung von Frauenorganisationen an den Klimaverhandlungen geworfen werden. Ganze 21 Teilnehmerinnen aller acht hier ausgezählten UNFCCC-COPs vertraten explizit eine Frauenorganisation, die eine Hälfte als Mitglieder anderer NGO-Delegationen, die andere Hälfte in eigenen Kleinstdelegationen. Seit 1999 ist der „*International Council of Women*“ als Observer akkreditiert, seit 2003 als weitere Frauenorganisationen *LIFE e.V.* und *Women in Europe for a Common Future (WECF)*. In der folgenden Tabelle der Vertreterinnen von Frauenorganisationen

sind die als ‚Observer‘ akkreditierten Organisationen fett markiert. In Klammern die Anzahl der Vertreterinnen.

COP2/1996	Women for Peace and Ecology (1)
COP3/1997	International Women’s Year Liaison Group (2)
COP4/1998	-
COP5/1999	International Council of Women/ICW (1)
COP6/2000	ICW (2) , LIFE –Frauen entwickeln Ökotechnik e.V. (1), African Indigenous Women Organisation (1)
COP7/2001	ICW (2) , African Indigenous Women Organisation (1)
COP8/2002	ICW (1) , Women for Sustainable Development (1), All Indian Women’s Conference (1)
COP9/2003	ICW (1) , LIFE (3) , Women for Sustainable Development (1), African Indigenous Women Organisation (1) South Asia Indigenous Women Forum (1)

Diese ungewöhnlich geringe Beteiligung von Frauenorganisationen an UN-Konferenzen wird von einer NGO-Vertreterin nach der COP3 in Kyoto folgendermaßen interpretiert: „Die Argumente, die auf den Klimakonferenzen ausgetauscht werden, sind ausschließlich ökonomischer Natur. Entscheidungen, die getroffen werden, beachten noch nicht einmal das schlichte Überleben. Vielleicht haben Frauenorganisationen das Gefühl, dass sie in diese männlichen Perspektiven nicht eindringen können und bleiben deshalb zu Hause“ (Sargent 1997, Übersetzung der Autorin). Der Widerspruch zwischen den Argumenten, dass einerseits die Komplexität der Thematik Frauen als Einzelpersonen anziehe (Vilagrassa), andererseits die rein ökonomische Ausrichtung der Diskussionen Frauenorganisationen abschrecke (Sargent), kann hier nicht aufgelöst werden und weist auf Forschungsbedarf hin.

3. Geschlechterverhältnisse als Thema bei den Klimaverhandlungen

Nach dieser ausführlichen Betrachtung der Präsenz von Frauen auf den Klimakonferenzen stellt sich die Frage nach deren Wirkung: Führt eine geschlechtergerechtere Beteiligung – neben der Veränderung der Verhandlungsstrukturen – zu anderen, geschlechtersensiblen Ergebnissen?

Bezüglich der Verhandlungsstrukturen wurde bereits erwähnt, dass Frauen in leitenden Funktionen die Verhandlungen maßgeblich geprägt haben, dass ohne sie ein Ergebnis kaum zustande gekommen wäre – und dies, obwohl die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegationen keineswegs geschlechtergerecht war. Trotz dieser positiven Einschätzung der Wirkungen der Frauenbeteiligung seitens einiger NGO-Protagonistinnen ist ein Mangel an Genderaspekten sowohl bei den Verhandlungen als auch bei der Entwicklung von Instrumenten nicht zu übersehen. Skutsch (2002) führt die Nichtberücksichtigung von Genderaspekten auf den Generalisierungsanspruch der intendierten Ergebnisse zurück. Am Beispiel der Ausarbeitung des Kyoto-Protokolls zeigt sie, dass, die VerhandlungsleiterInnen, um einen Erfolg zu erzielen, auf universelle Themen fokussieren mussten, Genderthemen hätten dabei die Aufmerksamkeit zerstreut. Darüber hinaus seien aber auch die Ressourcen der wenigen Frauen limitiert. In der allgemeinen Krise, in der die Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll steckten, hätten Genderaspekte keinen Raum gehabt. Stellt man die (wenigen) Thematisierungen von Gender-/Frauenaspekten bei den Vertragsstaatenkonferenzen in Beziehung zu dem jeweiligen Stand der Verhandlungen, so scheint sich diese These zu bestätigen: Wenn die Verhandlungen stocken, wenn es nicht voran geht und/oder die Verhandlungen langatmig dahinplätschern, lässt man sich vom Thema „Gender“ oder der Partizipation von Frauen, sozusagen als „Pausenfüller“, auf-

muntern. Dies zeigte sich auf der COP6 in Den Haag, die mangels Ergebnis bei einer zusätzliche COP6b in Bonn fortgesetzt werden musste. Ebenso kann das relativ große Interesse an Genderaspekten auf der COP9 in Mailand darauf zurückgeführt werden, dass ansonsten wenig wirklich Entscheidendes bzw. Umstrittenes auf der Tagesordnung stand; ebenso könnte die Entschließung zur Beteiligung von Frauen an den Gremien der Klimaverhandlungen auf der COP7 in Marrakesch u.a. darauf zurück geführt werden, dass ansonsten wenig Substantielles zum Klimaschutz verhandelt wurde und dass sie geprägt war durch den wenige Wochen vorher verübten Anschlag auf das World Trade Center in New York. Wenn die Verhandlungen in eine „heiße“ Phase kommen, müssen Ressourcen und Aufmerksamkeit aber wieder auf die „wichtigen Themen“ fokussiert werden. Gender als Lückenfüller und Verhandlungsmasse – davon wissen LobbyistInnen und VerhandlerInnen in vielen UN-Prozessen zu berichten (vergl. z.B. Wichterich 1992).

Ungeachtet dessen zieht das schwedische Umweltministerium in der Dokumentation des Workshops „Promoting Gender Equality, Providing Energy Solutions, Preventing Climate Change“ auf der COP9 etwas unerwartet das Fazit „there is no shortage of political decisions that highlight the importance of integrating gender concerns in energy and climate policy, the main problem is that there has been insufficient follow up within the key institutions“ (Johannah Bernstein/Swedish Environmental Ministry 2003:6). Diese Bewertung mag bezogen auf andere UN-Prozesse richtig sein, bei den Klimakonferenzen mangelt es aber auch und vor allem an der Anerkennung der Thematik der Geschlechtergerechtigkeit als eine für den Klimaschutz wichtige Grundlage: Bisher gibt es keinen Beschluss zur inhaltlichen Integration von Genderaspekten bei den Klimaverhandlungen, und nur einen zur Partizipation von Frauen, der sich ausschließlich auf die Nominierung von Frauen für die Gremien bezieht. Trotzdem wäre es begrüßenswert, wenn als erster Schritt wenigstens diese Entschließung druckvoll umgesetzt würde.

Die Gemeinde der Umwelt-NGO, die ansonsten jedes fehlende Thema lautstark einfordert, hat sich zur mangelnden Integration von Genderaspekten öffentlich bisher kaum geäußert. Dies fällt besonders ins Auge, weil „equity“-Aspekte eine große Rolle in den Diskussionen gerade der Umwelt- und Entwicklungsorganisationen spielen, um die herum sich eine eigene Bewegung gruppiert (siehe z.B. www.risingtide.de). Equity wird dabei allerdings weitgehend auf Nord-Süd-Gerechtigkeit reduziert, Fragen der Gerechtigkeit innerhalb der Nationen spielen eine geringe Rolle, Fragen der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern gar keine (z.B. Toth 1999).

Die wissenschaftliche Basis der Klimaverhandlungen: das „Intergovernmental Panel on Climate Change“

Bisher zeigen sich weder von Seiten der Vertragsstaaten, noch des Klimasekretariats, noch der Observer Bestrebungen, Genderaspekte in die Klimaverhandlungen zu integrieren. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) als wichtigstes und einflussreichstes wissenschaftliches Gremium im Klimabereich. Das IPCC wurde 1988 unter der Schirmherrschaft der UNEP und der World Meteorological Organisation (WMO) eingerichtet. Mit seinen Berichten zum Stand des Wissens über den Klimawandel stellt das IPCC die wissenschaftliche Grundlage für den Verhandlungsprozess zum Klimaschutz bereit. Auffällig ist, dass das IPCC jegliche Gendersensibilität in seiner Forschung und seinen Berichten vermissen lässt und damit – nicht zuletzt aufgrund seiner großen Autorität – den Grundstein dafür legt, dass Klimaschutz als gender-neutrales Themenfeld behandelt wird. Bestätigt wurde diese Wahrnehmung auf der 20. Sitzung des IPCC (IPCC 2003), bei der beschlossen wurde, einen 4. Sachstandsbericht (Assessment Report) zu den Auswirkungen des Klimawandel, dessen Vermeidung bzw. über die Anpassung an die Auswirkungen für 2007

vorzubereiten. Dabei soll größere Aufmerksamkeit als bisher Querschnittsthemen gewidmet werden: dafür wurden sieben Themen⁴ identifiziert, die in allen Arbeitsgruppen und Themen bearbeitet werden sollen. Anders als bei der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), die 2003 ebenfalls Querschnittsthemen für ihre zukünftige Arbeit definierte, fehlt Gender bei denen des IPCC.

Auch beim Artikel 6 der Klimarahmenkonvention und dessen aktueller Bearbeitung, bei der sich Genderaspekte geradezu aufdrängen, sucht man sie vergeblich. Der Artikel 6: „Bildung, Ausbildung und öffentliches Bewusstsein“ fordert die Unterzeichnerstaaten auf, Bildungsprogramme und Programme zur Förderung des öffentlichen Bewusstseins in Bezug auf die Klimaänderungen und ihre Folgen durchzuführen, den öffentlichen Zugang zu entsprechenden Informationen sicherzustellen und eine Beteiligung der Bevölkerung an der Entwicklung adäquater Gegenmaßnahmen zu unterstützen. (Sekretariat der Klimarahmenkonvention 1999). Hier böte sich die Chance, eine adäquate Beteiligung von Frauen an der Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels aktiv zu fördern und dies bereits bei der weiteren Ausgestaltung des Artikel 6 einzubeziehen. Diese Chance wird bisher nicht genutzt. Dies ist möglicherweise auf die gerade von Frauen (Sargent 1997) beklagte technokratische Bearbeitung des Klimawandels bei den Verhandlungen zurückzuführen.

Es ist zu vermuten, dass die geringe Berücksichtigung von Genderaspekten mit der ebenso geringen Beteiligung von GenderexpertInnen oder, um im UN-Sprachgebrauch zu bleiben, der „Major Group“ Frauen an den Verhandlungen zusammenhängt. Sie macht deutlich, dass es nicht ausreicht den Frauenanteil zu erhöhen, wenn nicht gleichzeitig eine Genderanalyse der Verhandlungsgegenstände und –ergebnisse erfolgt. Nachteilig bemerkbar macht sich bei den Verhandlungen auch, dass international anerkannte und erfahrene Frauenorganisationen wie WEDO – Women’s Environment and Development Organisation, die bei den meisten anderen UN-Verhandlungsprozessen die Entwicklung der Forderungen von Frauen aus aller Welt organisieren und koordinieren, den Klimaprozess bisher nicht begleiten.

4. Klimaverhandlungen: Inhaltliche Genderaspekte und Anknüpfungspunkte aus Gendersicht

- ◆ Adaptation und vulnerability: Anpassung an den Klimawandel auf der einen, die Verwundbarkeit (zum Begriff der vulnerability siehe den Beitrag von Gudrun Seltmann) durch dessen Folgen auf der anderen Seite sind Themen, die bei den Klimaverhandlungen zunehmend auf der Agenda erscheinen. Für beides ist ein wesentlicher Faktor der Zugang zu Ressourcen: Die Konstruktion der Häuser, die Höhe der Dämme, aber auch die Art der landwirtschaftlichen Produktion den sich verändernden klimatischen Bedingungen anzupassen, erfordert finanzielle Ressourcen und ist in der Regel nur für die reichen Länder bzw. die reichen Bevölkerungsschichten innerhalb der Länder möglich. Verwundbar durch die Auswirkungen des Klimaschutzes sind in der Regel die Armen, diejenigen, die sich aufgrund mangelnder Ressourcen nicht ausreichend schützen können oder die aufgrund sozialer Rollen ungeschützt sind. Das wurde im 3. Sachstandsbericht des IPCC eindrücklich dargestellt (IPCC 2001). In beiden Konzepten – dem der Anpassung wie dem der Verwundbarkeit – sind aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen von Frauen und Männern, aufgrund des unterschiedlichen Zugangs zu Ressourcen deutliche Geschlechterunterschiede zu erwarten.

Zurückgegriffen werden kann für eine geschlechterdifferenzierte Bearbeitung der Themen u.a.

⁴ Die Querschnittsthemen sind: 1. Uncertainty and risk, 2. Integration of adaptation and mitigation, 3. Issues related to Article 2 UNFCCC and key vulnerabilities, 4. Sustainable development, 5. Regional integration, 6. Water, 7. Technology

auf die Ergebnisse der genderbezogenen Katastrophenforschung, die gerade zu klimabedingten Naturkatastrophen wie Überflutungen, Hochwasser, Stürme, Dürre mit einer ganzen Reihe interessanter Ergebnisse aufwarten kann – in erster Linie aus der Sicht sich entwickelnder Länder bzw. der am wenigsten entwickelten Länder, die die Hauptlast der Klimaveränderungen tragen (werden tragen müssen). Hier wie überall in der Welt stellen Frauen das Gros der Armen, sind Frauen stärker von den direkten negativen Auswirkungen sowohl bei der Einkommensbeschaffung, als auch bei der Versorgungsarbeit, aber auch durch zunehmende Gewalt in unsicheren Situationen nach Katastrophen betroffen. Männer dagegen sind eher durch ihre eigenen „heroischen“ Aktionen gefährdet: Bei der Suche und Rettung von Vermissten oder bei Aufräumarbeiten. Bemängelt wird von der genderspezifischen Katastrophenforschung, dass Frauen fast ausschließlich als Opfer betrachtet werden, selten als diejenigen, die zur Vorbeugung gegen Naturkatastrophen beitragen, z.B. durch das Pflanzen von Bäumen gegen Bodenerosion oder durch Verhaltensänderungen (Enarson 2000a und 2000b). Deshalb fordert die genderbezogene Katastrophenforschung eine Abkehr vom bisher dominanten technokratischen Zugang über das Gefahrenmanagement. Sie empfiehlt einen alternativen Diskurs, der soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit verknüpft mit der Verminderung von Katastrophen durch nachhaltige Entwicklung. Diese Forderung ist direkt übertragbar auf die Klimaverhandlungen im Bereich Anpassung an den Klimawandel sowie auf die damit zusammenhängenden Instrumente und Finanzierungsfonds.

- ◆ Ein Aspekt der „Vulnerability“ ist Gesundheit, die allgemein einen der wichtigsten Kristallisationspunkte genderspezifischer Perspektiven bei vielen Umweltthemen bildet. Gründe hierfür liegen u.a. in dem unterschiedlichen Gesundheitsbewusstsein von Männern und Frauen (BMFSFJ 2001), in den stärker auf Vorsorge und Fürsorge ausgerichteten sozialen Rollen von Frauen, aber auch in den unterschiedlichen physischen/biologischen Dispositionen. Von der Weltgesundheitsorganisation wurde 1999 beschlossen, eine Methodik für nationale Gesundheitsberichte über die Verwundbarkeit durch und Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln, mit der – unter anderem – verletzbare Bevölkerungsgruppen identifiziert werden sollten. Die Methodik wurde 2003 veröffentlicht (WHO Europe 2003), zeitgleich mit der ersten Studie zu „Climate Change and Human Health – Risks and Responses“ (WHO 2003). Zu kritisieren ist, dass die Methodik – die für die Berichte aller Nationen empfohlen wird – keine Bezüge zu Genderaspekten herstellt. Entsprechend sind die Daten der o.g. ersten Studie zu Klimawandel und menschlicher Gesundheit nach allen nur denkbaren Variablen disaggregiert – nicht aber nach Geschlecht. Eine Korrektur oder Ergänzung der Assessment-Methodik mit der erforderlichen Genderperspektive könnte dazu beitragen, die bisher fehlenden Daten bereitzustellen und die aus den Ergebnissen folgenden Maßnahmen entsprechend auszurichten.
- ◆ Es fehlt eine grundlegende Genderanalyse der Instrumente des Klimaschutzes. Diese sind bisher ausschließlich aus der Genderperspektive des Südens analysiert worden – und auch dies eher fragmentarisch im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen bzw. daraufhin, was getan werden muss, damit sie Frauen zugute kommen. Das heißt, die Instrumente selbst werden als gegeben gesetzt und unter der Prämisse, dass sie (auch) Frauen zugute kommen, positiv bewertet. Dies gilt für die Projekte des „Clean Development Mechanism“, also Maßnahmen, bei denen CO₂-reduzierende Maßnahmen in Entwicklungsländern finanziert werden, wie auch für die Fonds zur Anpassung an den Klimawandel. Aus der Sicht des Nordens stellen sich diese Instrumente und deren Implikationen möglicherweise anders als im Süden dar, so dass die unterschiedlichen Situationen von Frauen bzw. die unterschiedlichen Geschlechterverhältnisse im Norden und im Süden auch zu unterschiedlichen Bewertungen und entsprechenden Forderungen im Klimaschutz führen

können. Ist beispielsweise die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen im Süden überlebensnotwendig, besteht im Norden die Gefahr, dass damit von den erforderlichen Veränderungen unseres Lebensstils (Energieverbrauch, Verkehrsvermeidung...) abgelenkt wird. Wichtig ist deshalb, auf der Basis von Genderanalysen Positionen auch aus der Sicht der industrialisierten Länder zu erarbeiten und bei den Verhandlungen zu vertreten. Das heißt auf der Kooperationsebene der Frauen-/Genderorganisationen, dass sehr genau abgestimmt werden muss, wie die jeweiligen unterschiedlichen Situationen konstruktiv in eine gemeinsame Strategie einfließen können.

- ♦ Neben den Instrumenten selbst sollten aus der Genderperspektive die Budgetlinien, die Fonds, analysiert werden. Mit ihnen werden vor allem im Süden Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, wie auch zur Information und zum Bildung oder Projekte im Rahmen der Clean Development Mechanism (CDM) finanziert. Mit Genderbudgeting als bereits entwickeltem, aber voraussichtlich an die Thematik anzupassendem Analyseinstrument könnte die Vergabe von Mitteln an die Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit geknüpft und damit deren Nutzen für „vulnerable groups“ erhöht werden.

5. Positionen zu den ‚flexiblen Mechanismen‘ des Kyoto-Protokolls

Betrachtet man das Kyoto-Protokoll aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung, fällt auf, dass dessen „flexible Mechanismen“ in erste Linie die Ökonomie und die Ökologie bedienen. Die Instrumente sind auffällig ökonomisch ausgerichtet – hier ist der Emissionshandel nur ein Beispiel. Auch bei der Ökologie erfolgt eine Reduktion auf einen Bereich: den Klimaschutz und innerhalb dieses Bereiches wiederum auf einen Aspekt: die Verminderung der Emissionen. Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit wie auch die handelnden Menschen werden weitgehend ignoriert; kurzfristige, rein ökonomische Optimierung leitet das Vorgehen. Aus der Perspektive der Vorsorge/des vorsorgenden Wirtschaften sollte aber als Handlungsmaxime nicht nur gelten, wo es am schnellsten am meisten CO₂-Reduzierung pro eingesetztem Euro gibt, sondern wo es am meisten **Nachhaltigkeit** für das eingesetzte Geld gibt. Nach dem Vorsorgeprinzip muss es auch beim Klimaschutz und der Verhinderung des Klimawandels um Langfristperspektiven gehen, nicht um kurzfristige, häufig auch kurzlebige Erfolge.

Ob Emissionshandel als ein auf den Mechanismen des Kapitalmarktes basierendes Instrument wirksam zum Klimaschutz beitragen kann, soll hier nicht diskutiert werden. Die vorliegenden Allokationspläne der Europäischen Länder machen deutlich, dass er allenfalls zu einer prozentpunktgenauen CO₂-Reduzierung führen wird – aber keinen Schritt darüber hinaus. Die im Kyoto-Protokoll festgelegten Reduktionsziele sind aber so gering, dass diese Verminderung des CO₂-Ausstoßes nicht ausreichen wird, um den Klimawandel aufzuhalten.

Völlig offen bleibt bisher, wo die CO₂-Reduktionen, und wodurch, zu erbringen sind. Da bei den meisten Allokationsplänen der Europäischen Union der Industrie eher mehr Emissionen zugesprochen wurden denn weniger, muss die Reduktion im Verkehrs- und Haushaltsbereich erreicht werden. Dies ist auch durchaus nachvollziehbar, da hier die größten Zuwächse in den letzten Jahren zu verzeichnen waren. Der Verkehrsbereich hat mit der Automobilindustrie eine mächtige Lobby, die erfahrungsgemäß jegliche Einschränkung zu verhindern weiß. So bleiben als letztes Glied in der Emissions-Kette die Haushalte, die vor der Aufgabe stehen, widersprüchliche Anforderungen zu erfüllen: technische Aufrüstung der Haushalte – vor allem mit Kommunikationstechnologie als selbstverständlicher Anforderung des Arbeitsmarktes an Information und Erreichbarkeit – mit der damit verbundenen Zunahme des Energieverbrauch auf der einen, Reduzierung von CO₂-Emissionen auf der anderen Seite. Ein Spagat also, bei dem es sehr genau zu betrachten gilt, wie die Geschlechterverhältnisse

von den zu erbringenden Reduktionszielen betroffen sind, beispielsweise bei der Verfügbarkeit über Kommunikationstechnik und PKW oder bei Entscheidungen über energetische Wohnungsanierungen und die Nutzung von Energie für die technische Entlastung von Hausarbeit und für Raumwärme (z.B. in Miethaushalten von Seniorinnen). Neben der grundsätzlichen Frage der Wirksamkeit des Emissionshandels löst nicht nur aus der Genderperspektive das Verschenken der Verschmutzungsrechte Verwunderung aus. Luft, neben Wasser eine wesentliche Grundlage allen Lebens und ein ‚common good‘, wird als frei verfügbares Medium gehandelt. Es stellt sich die Frage, ob das Verteilen von **Emissions-Rechten** nicht auch den psychologischen Effekt des **Eigentums an** Luft und damit auch des **Rechts auf** Verschmutzung birgt und ob mit dem Emissionshandel eine neue Stufe in der besonders von Frauen und ihren Organisationen im Umwelt- und Entwicklungsbereich sowie GlobalisierungskritikerInnen heftig kritisierten Privatisierung von „common goods“ eingetreten ist. Hier mangelt es bisher an Forschung auf der einen, dezidierten politischen Positionen auf der anderen Seite.

Aspekte der Gerechtigkeit spielen eine nicht unerhebliche Rolle bei den flexiblen Mechanismen – werden allerdings bei den Klimaverhandlungen, wenn überhaupt, nur marginal betrachtet. So kann beispielsweise der Emissionshandel dazu führen, dass die weltweite Ungleichheit der Pro-Kopf-Emissionen weiter auseinander driftet, weil es die billigsten CO₂-Zertifikate in den Ländern mit den geringsten pro-Kopf-Emissionen geben wird. Kauft der Norden diese auf, könnte damit eine Entwicklung in den Ländern verhindert oder zumindest erschwert werden.

Projekte des „Clean Development Mechanism“ (CDM), so beschreibt es das Kyoto-Protokoll, sollen der nachhaltigen Entwicklung dienen. Wie aber wird Nachhaltigkeit in den Ländern, in denen die Projekte durchgeführt werden, definiert? Und vor allem: Wer definiert, was nachhaltig ist? Die Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen – Indigene, ländliche Bevölkerung, Frauen etc. – wird zwar bei der Planung von CDM-Projekten in Deutschland als wichtige Anforderung an die Projekte definiert, aber ob die Ergebnisse der Konsultation im weiteren Prozess wirklich berücksichtigt werden, bleibt ebenso offen, wie die Qualität der Konsultation. Wird z.B. die Information über das geplante Projekt vorrangig über das Internet verbreitet, werden wesentliche Teile der Bevölkerung – vor allem, aber nicht nur, die Frauen – ausgeschlossen. Sind die Fristen für Eingaben zu kurz angesetzt, ist eine reale Beteiligung der Bevölkerung in entlegenen Gegenden, häufig Indigene, gar nicht möglich.

Zur Beteiligung von Frauen an CDM-Projekten gibt es vor allem von Frauen/Gender-Energieorganisationen aus dem Süden klare Forderungen: Diese müssen die Energiebedürfnisse von Frauen berücksichtigen, d.h. die Art der Energie zur Verfügung stellen, die im Haushalt und/oder für einkommensschaffende Maßnahmen benötigt werden. Die mit den Projekten produzierte Energie muss erreichbar und bezahlbar sein. Vor allem müssen Frauen vor Ort an der Entwicklung der Projekte beteiligt werden. Befürchtungen bestehen hier vor allem hinsichtlich der Größe der Projekte: Finanziell und organisatorisch rentabel sind vor allem Großprojekte, diese gehen aber in aller Regel an den eher geringen Energieverbräuchen der Frauen vorbei. Eine ausschließlich Förderung solcher Großprojekte wäre also aus Sicht der Frauen und der Armutsbekämpfung fatal (s. Skutsch/Wamukonya 2001).

Aber auch in den investierenden Industrieländern können die billig durch Finanzierung von CO₂-einsparenden Techniken in Entwicklungsländern erworbenen CO₂-Zertifikate negative Auswirkungen haben. Hier kann der CO₂-Ausstoß durch die Anrechnung der ‚credits‘ gleich bleiben oder sogar erhöht werden. Völlig aus dem Blickfeld gerät dabei, dass CO₂ nicht isoliert in die Luft emittiert wird,

sondern gekoppelt ist mit anderen Verschmutzungen, d.h. die Luftverschmutzung könnte hier vor Ort wieder zunehmen.

Ein letzter, die Effekte der Beteiligung an internationalen Verhandlungsprozessen betrachtende und vor allem aus der Genderperspektive interessanter Aspekt ist der Haltungsschwenk der Umweltverbände gegenüber dem Emissionshandel: Wurde dieser zunächst als „Handel mit heißer Luft“ rigoros abgelehnt, führte die Erkenntnis, dass in den Klimaverhandlungen kaum weitergehende Ergebnisse zu erzielen sind, zu dessen Akzeptanz. Heute wird der Emissionshandel von vielen Umweltverbänden als „einzig wirksames klimapolitisches Instrument“ (WWF-Pressemitteilung anlässlich der Diskussionen um den deutschen Allokationsplan, April 2004) bezeichnet. Diese Entwicklung lässt den Verdacht aufkommen, dass die Teilhabe von Nichtregierungsorganisationen an internationalen Verhandlungen nicht dazu führt, dass diese ihre Positionen massiv vertreten und in die Verhandlungen einbringen, sondern umgekehrt die Positionen „entradikalisiert“ und den Verhandlungen angepasst werden. Diese Tendenz ist zumindest bei den Klimaverhandlungen seit einigen Jahren sichtbar, so dass es kaum noch Unterschiede in den Positionen der (fortschrittlicheren) Regierungen und denen der sie kritisch beobachtenden Umwelt-NGO gibt. Brunnengräber/Walk (1998, 2000) analysieren in ihrer Dissertation über Global Governance am Beispiel der Klimaverhandlungen, dass die NGOs nicht nur international vernetzt, sondern auch erheblich mit dem System verquickelt seien. „Sie beschäftigten sich mit den gleichen Detailfragen, die auch in den Verhandlungen relevant waren, unabhängig davon, ob sie auch für einen effektiven Klimaschutz von Bedeutung sind“ (Brunnengräber/Walk 1998). Hier stellt sich die Frage, welche Schlüsse daraus für die Beteiligung von Frauen an dem Klimaprozess zu ziehen sind und/oder ob ein Zusammenhang besteht zwischen der marginalen Beteiligung von Frauenorganisationen und dem systemkonformen Agieren der Umwelt-NGO.

6. Schlussbemerkung

Die internationalen Klimaverhandlungen und die zum Klimaschutz eingesetzten Instrumente des Kyoto-Protokolls haben mit einiger Wahrscheinlichkeit eine hohe Genderrelevanz. Dies gilt nicht für alle Instrumente und nicht für alle Regionen der Welt in gleichem Ausmaß. Wie welches Instrument an welchem Ort auf die Geschlechterverhältnisse wirkt, ist ansatzweise nur für den Süden erforscht. Für den Norden lässt die Einrichtung und Besetzung der deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt befürchten, dass technokratische Instrumente auch entsprechende Verfahren nach sich ziehen, in denen Geschlechteraspekte wie auch Frauenförderung als Störfaktoren ignoriert werden: Unseres Wissens ist keine der bisher besetzten Leitungspositionen mit einer Frau besetzt, auch bei der Besetzung der anderen ca. 80 Stellen des DEHSt scheint der Frauenförderplan außer Kraft gesetzt zu sein. So reproduziert sich das System einmal mehr selbst.

Literatur:

Bernstein, Johannah/Swedisch Ministry for Environment (2003): Promoting Gender Equality, Providing Energy Solutions, Preventing Climate Change. Seminar report (draft) on the COP9 Seminar, Milan Dec. 9, 2003

Bundesumweltministerium and Heinrich Böll-Stiftung (2001): Gender Perspectives for Earthsummit 2002 – Energy, Transport, Information for Decision-Making. Report on the International Conference. Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001): Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland. Berlin 2001

- Brunnengräber, Axel; Walk, Heike (1998): Kaffee, Kekse, Konversation. Klimakonferenz: Die ‚globale Zivilgesellschaft‘ in Aktion. In: Die Wochenzeitung (Schweiz) Nr 47, 18. Jg., 19.11.1998: 9-10
- Brunnengräber, Axel; Walk, Heike (2000): die Globalisierungswächter. NGO und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima. Münster
- Clancy, Joy; Roehr, Ulrike (2003): Gender and energy: is there a Northern Perspektive? In: Energy for Sustainable Development, Vol VII, Nr. 3: 44-50
- Clancy, Joy; Oparaocha, Sheila; Roehr, Ulrike (2004): Gender Equity and Renewable Energies. Thematic Background Paper No. 12. Bonn (www.renewables2004.de/pdf/tbp/TBP12-gender.pdf)
- Enarson, Elaine (2000a): Gender Issues in Natural Disasters: Talking Points and Research Needs. ILO InFocus Programme on Crisis Response and Reconstruction Workshop, Geneva May 3-5 2000
- Enarson, Elaine (2000b): Gender and Natural Disasters. InFocus Programme on Crisis Response and Reconstruction. Working Paper 1. Genova
- Frauen für Frieden und Ökologie (Hg) (1996): Solidarität im Treibhaus. Internationales Frauenforum zum UNKlimagipfel, 1.-2. April 1995. Dokumentation. Berlin
- IPCC (2001): Climate Change 2001. Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contributions of the Working Group III to the Third Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge.
- IPCC Secretariat (2003): Communication No. 9577-03/IPCC/AR4 vom 26. November 2003. Genf
- Röhr, Ulrike (2002): Gender and Energy in the North. Background Paper for the International Conference Gender Perspectives on Earth Summit 2002: Energy, Transport, Information for Decision Making. Ed: UNEP UK, German Ministry for Environment, Nature Protection and Nuclear Safety, Heinrich Böll Foundation. Berlin, London
- Sargent, Margaret (1997): How the women stayed at home. United Nations third conference on climate change. Publiziert per email
- Sekretariat der Klimarahmenkonvention (1999): Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderung. Bonn
- Skutsch, Margaret (2004): CDM and LULUCF: what's in for women? Unpublished note for the Gender and climate change Network
- Skutsch, Margaret (2002): Protocols, treaties, and action: the 'climate change process' viewed through gender spectacles. In: Oxfam Journal 2/2002: Gender and Development – Climate Change: 30-39
- Skutsch, Margaret; Wamukonya, Njeri (2001) Is there a gender angle to climate change negotiations? Positionspapier
- Toth, Ferenc L. (ed) (1999): Fair weather? Equity concerns in Climate Change. Earthscan Publications
- Villagrassa, Delia (2002): Kyoto Protocol negotiations: reflections on the role of women. In: Oxfam Journal 2/2002: Gender and Development – Climate Change: 40-44
- Wichterich, Christa (1992): Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. herausgegeben von der heinrich-Böll-Stiftung. Köln
- World Health Organisation (2003): Climate Change and Human Health – Risks and Responses. Genf
- World Health Organisation Europe (2003): Methods of assessing human health vulnerability and public health adaptation to climate change. Copenhagen